

Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs im Jahre 2000. Deutlich geringeres Wirtschaftswachstum 2001. Konjunkturerholung 2002. Lockerung der Geldpolitik. Finanzpolitik verlässt Konsolidierungskurs. Frage der Euro-Einführung weiter unbeantwortet. Nur langsam sinkender Wechselkurs des Pfund Sterling. Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt günstig. Moderater Preisanstieg. Defizite der Leistungsbilanz nehmen weiter zu.

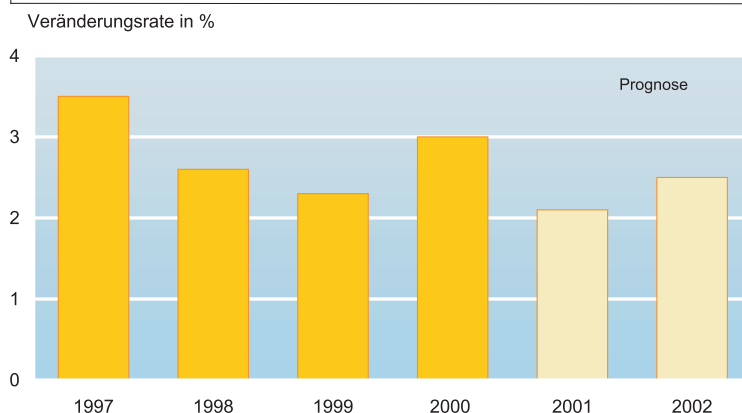
Im politischen und sozialen Umfeld des Jahres 2001 bilden die Wahlen zum Unterhaus im Juni den Höhepunkt. New Labour gewann den Urnengang mit Rekordmehrheit, allerdings bei drastisch gesunkener Wahlbeteiligung. Die im politischen Spektrum nunmehr links von New Labour positionierten Liberalen erzielten ihr bestes Ergebnis seit 1929. Die während ihrer Regierungszeit von 1979 bis 1997 ausgelagten und von starken europapolitischen Spannungen geprägten Tories erlitten wiederum ein Abstimmungsdebakel, da sie es nicht schafften, unter ihrem glücklos und ohne Charisma agierenden Vorsitzenden Hague als Opposition glaubhaft aufzutreten und ein klares wirtschaftspolitisches Programm zu entwickeln. Über diese Schlappe kann ihr Erfolg bei den gleichzeitig durchgeführten Grafschaftswahlen höchstens insofern hinwegtrösten, als sie dabei zu sein scheinen, über eine Gesundung von unten ihre Chancen auf die Wiedergewinnung der Macht langfristig zu wahren. Premierminister Blair ist der erste Labour-Ministerpräsident in der über hundertjährigen Geschichte seiner Partei, der durch Neuwahlen in seinem Amt bestä-

tigt wurde. Während der zurückliegenden Legislaturperiode war ihm der Nachweis gelungen, dass die renovierte New Labour Party das Land kompetent regieren kann: Fußend auf der von den Konservativen hinterlassenen soliden wirtschaftlichen Basis und mittels günstiger Konjunkturerwicklung wurde die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in großen Schritten vorangebracht. Die Autonomie für Schottland und Wales sowie für die Bank of England (bezüglich der Zinspolitik) wurde durchgesetzt. Im krankenden staatlichen Unterrichtswesen wurden Verbesserungen eingeleitet, was freilich beim National Health Service nicht gelang.

Die Erwartungen der Wähler in die zweite Amtszeit Blair sind hoch, und er hat bereits begonnen, ihnen u.a. mit einer Abschwächung der konsolidierungsorientierten Finanzpolitik Rechnung zu tragen. In erster Linie wird eine substantielle Verbesserung der chronisch deplorablen öffentlichen Dienstleistungen gefordert, vor allem der Schulen, des Gesundheitswesens, des Verkehrssektors, der Verwaltung sowie der Polizei. Dies allein ist schon eine gewaltige Aufgabe. Hinzu addiert sich der überfällige endgültige Durchbruch im Nordirland-Konflikt. Eine zusätzliche Herausforderung bilden die jüngst in verschiedenen Städten aufgeflammtten Rassenunruhen, welche zeigen, dass die entlang ethnischer, kultureller, religiöser und wirtschaftlicher Linien laufenden Brüche in der multikulturellen Gesellschaft Großbritanniens größer geworden und mit Wirtschaftswachstum und einer hierauf konzentrierten Politik allein nicht zu kitten sind.

Auch die seit langem offene Frage eines Beitritts Großbritanniens zur Europäischen Währungsunion harrt der Antwort. Diese hängt jedoch nicht nur von einer Erfüllung der von Schatzkanzler Brown aufgestellten Bedingungen ab. Wichtig ist

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

auch dessen Einschwenken auf die Linie des, der Einführung des Euro grundsätzlich zuneigenden Premierministers. Und schließlich spielt auch eine wesentliche Rolle, ob nach dem Rücktritt Hagues ein Euro-Gegner oder Euro-Befürworter im September zum neuen Parteivorsitzenden der Konservativen gewählt wird.

Mit den **Gewerkschaften** hat die Regierung wenig Probleme. Die vom Dachverband TUC präferierte »Social partnership« statt Fundamentalkonfrontation erweist sich als tragfähig. Allerdings vermissen die Gewerkschaften (wie auch die Labour-Stammwähler) eine adäquate Beachtung durch ihre Partei. Seit einiger Zeit steigt die Zahl der Mitglieder wieder. Zustimmung zum neuen Gewerkschaftskurs oder Antwort auf die seit 1979 so gründlich veränderten Wirtschaftsverhältnisse?

Die auf einer soliden parlamentarischen Basis fußende **Wirtschaftspolitik** dürfte zwar weiter auf lebhaftes Wirtschaftswachstum, hohen Beschäftigungsgrad und Preisstabilität abstellen. Priorität genießt jedoch eine grundlegende Verbesserung der öffentlichen Dienste, denn dies dürfte das entscheidende Kriterium für den Machterhalt über 2005 hinaus sein. Die massive Aufstockung der hierfür benötigten Mittel bedingen eine Fortführung des expansiven finanzpolitischen Kurses. Demgegenüber bleibt die Euro-Frage zunächst ausgeklammert – in der jüngsten Thronrede wurde hierzu kein Wort verloren. Die auf vielen Gebieten zunehmenden Ungleichgewichte bilden eine große Herausforderung für Regierung und Zentralbank.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2000

Die **weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen** stellten sich wie folgt dar: In den **USA** nahmen Nachfrage und Produktion um 5% zu. In **Japan** ist das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7% gestiegen. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 3,8%. In **Westeuropa** betrug das Wirtschaftswachstum 3,3%; in der EU war es ebenso hoch, im Euro-Raum belief es sich auf 3,4% und in Deutschland auf 3%. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 28,3 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verteuerten sich gegenüber 1999 auf Dollar-Basis um 8%. Der **Wechselkurs des Euro** lag im Schnitt des Jahres bei 0,92 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandierte in einer Größenordnung von 12%.

In **Großbritannien** war die Konjunktur insgesamt kräftig aufwärts gerichtet, im Wesentlichen getragen von der Expansion des Dienstleistungssektors. Dabei folgte einer deutlichen Beschleunigung im ersten Halbjahr eine Verlangsamung, bedingt durch nachlassende Ausfuhrdynamik, schwache Lagerentwicklung und annähernd stagnierende Bau-

produktion. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** expandierte um 3% und damit mehr als angesichts des überhöhten Wechselkurses des Pfund Sterling erwartet werden konnte. Stimulierend wirkte vor allem der starke weltwirtschaftliche Aufschwung. Der Arbeitsmarkt blieb angespannt, und die Arbeitslosenquote sank weiter. Die Verbraucherpreise stiegen sehr moderat. Das Defizit der Leistungsbilanz erhöhte sich erneut.

Am stärksten, um 8,4%, nahm der **Export** von Gütern und Dienstleistungen zu. Vom weltweiten Wirtschaftsaufschwung kamen die wichtigsten Impulse, maßvoll unterstützt durch eine leichte Abwertung des Pfund Sterling gegenüber dem US-Dollar. Trotz des nach wie vor deutlich überhöhten Wechselkurses des Pfund Sterling und der mit 2,1% etwa doppelt so rasch wie im übrigen Westeuropa und in den USA steigenden Lohnstückkosten erhöhte sich die Warenausfuhr real annähernd so dynamisch wie der Welthandel, was einmal mehr die Beobachtung unterstreicht, dass für die Exportentwicklung von Industrieländern hauptsächlich die Weltnachfrage und erst in zweiter Linie der Wechselkurs ausschlaggebend ist. Die **Einfuhr** wurde im Sog der lebhaften Binnennachfrage und begünstigt durch den hohen Pfundkurs um 9,6% ausgeweitet. Da sich zudem die Terms of Trade etwas verschlechterten, erhöhte sich das Defizit der **Leistungsbilanz** nochmals und erreichte 1,7% des BIP.

Bei den **Bruttoanlageinvestitionen** (+ 2,6%) setzte sich die dem starken Aufschwung 1997/98 folgende verlangsamte Zunahme fort, obwohl die öffentliche Hand ihre Investitionen deutlich aufgestockt hat; aber die Zinsen aller Laufzeiten hatten sich erhöht. Das galt vor allem für die Ausrüstungsinvestitionen, obwohl sich das durch Umfragen ermittelte Geschäftsklima in der verarbeitenden Industrie tendenziell weiter verbessert hatte. Ursachen waren die wechsellkursbedingt gedrückte Ertragslage vieler Industrieunternehmen, die tendenziell rückläufige Auslastung der Kapazitäten sowie das Abflauen des Investitionsbooms im Dienstleistungssektor. Auch der Wohnungsbau verlor spürbar an Schwung, da die Immobilienpreise langsamer stiegen und die Renditeerwartungen für Neubauten sanken.

Der **private Konsum** expandierte mit 3,7% zwar weniger lebhaft als 1999, blieb jedoch eine solide Stütze der Konjunktur. Verglichen mit dem Vorjahr stiegen Beschäftigung und Reallöhne langsamer. Die weiter sinkende Sparquote reflektierte das gute Konsumklima. Der **öffentliche Verbrauch** wurde um 2,7% und mithin erheblich kräftiger ausgeweitet als im Schnitt der westeuropäischen Länder.

Auf dem **Arbeitsmarkt** blieb die Lage angespannt. Vor allem Fachkräfte wurden gesucht. Die Beschäftigung nahm mit 1% deutlich langsamer als in den Vorjahren zu, auch weil sich die Arbeitsproduktivität nach zuvor schwachem Anstieg deutlich erhöhte. Die Arbeitslosenquote ging um 1/2 Pro-

zentpunkt auf 5,6% im Jahresdurchschnitt zurück (EU-Mittelwert: 8,3%).

Der Preisauftrieb blieb sehr moderat. Trotz spürbarer energiepreisbedingter Inflationsbeschleunigung im zweiten Halbjahr lagen die **Konsumentenpreise** im Schnitt des Jahres um nur 0,8% (HVPI) über dem Niveau von 1999 (EU-Mittelwert: 2,1%).

Wirtschaftspolitik

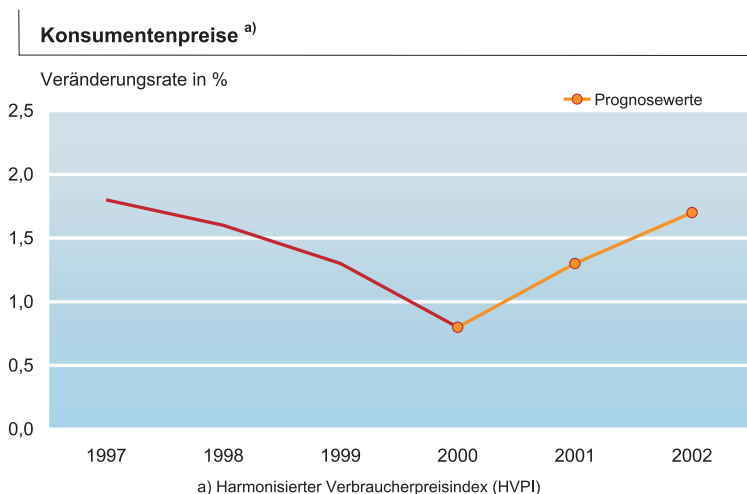
Die Wirtschaftspolitik gibt der Konjunktur auch heuer und 2002 Schützenhilfe. Für Finanz- und Geldpolitik gilt das gleichermaßen. Hinsichtlich der Finanzpolitik bedeutet das eine mittelfristig expansive Linie nach langen Jahren strikter Konsolidierungsorientierung. Wie bisher schon, wird sie ein deutliches Wirtschaftswachstum bei moderatem Preisanstieg zu sichern suchen und den Weg zur Vollbeschäftigung weitergehen. Die Angebotsorientierung und Privatisierungspolitik behält man bei, wird aber sensibler verfahren und verschiedentlich die Akzente anders setzen – etwa dort wo Fehlentwicklungen aufgetreten sind, wie etwa beim privatisierten Eisenbahnwesen. Die heikle Frage des britischen Beitritts zum Euro-Raum spielt vorerst keine Rolle. Sie dürfte, wie auch die Wirtschaftspolitik insgesamt, unter dem Aspekt des Machterhalts von New Labour auch nach den nächsten Wahlen zum Unterhaus behandelt werden.

Dieser wird auch davon abhängen, wie das Problem der auf vielen Gebieten **zunehmenden Ungleichgewichte** gelöst wird. Nachdem man begonnen hat, die über viele Jahre gewachsene Effizienzlücke zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Sektor anzugehen, sind für die Behebung wachsender Diskrepanzen auf anderen Gebieten noch keine Ansätze erkennbar. Das gilt u.a. für die immer größer werdende Diskrepanz zwischen Boom-Regionen (vor allem London

und South East) und dem Rest des Landes, zwischen Dienstleistungssektor und Industrie, zwischen Import- und Exportentwicklung.

Die **Finanzpolitik** wirkt weiter expansiv. Zwar ist auch der laufende Staatshaushalt grundsätzlich konsolidierungsorientiert und ohne größere Steuererleichterungen und -belastungen konzipiert worden; Entlastungen betrafen u.a. Geringverdiener, Autofahrer und Kleinunternehmen, während die Steuer auf Zigaretten gestiegen ist. Aber es wurden Ausgabenprogramme im Ausmaß von 1% des BIP im laufenden Jahr und von 1/2% in 2002 beschlossen. Es ist sogar fraglich, ob dieser Rahmen 2002 ausreichen wird, um die anspruchsvollen Wahlversprechen bis 2005 einigermaßen erfüllen zu können. Denn die geplanten Strukturreformen vor allem im Verkehrs-, Gesundheits- und Bildungswesen kosten nicht nur sehr viel zusätzliches Geld, sondern es vergeht auch erhebliche Zeit, bis ihr Erfolg von den Wählern wahrgenommen wird; der Zehn-Jahresplan für das Verkehrswesen sieht beispielsweise bis 2010 Ausgaben von rund 220 Mrd. Euro vor. Für die laufende Legislaturperiode ist eine reale Steigerung der öffentlichen Ausgaben um durchschnittlich 3,4% p.a. vorgesehen, die nicht wie bei kurzfristig wahlwirksamen Bauinvestitionen erst kurz vor den Wahlen massiert getätigt werden können. So wird auch schon die Frage erörtert, ob bei dieser Vorgabe nicht in einigen Jahren Steuer- und Abgabenerhöhungen zur Vermeidung von größeren Finanzierungsdefiziten erforderlich sein könnten, obwohl derlei im Wahlkampf ausgeschlossen und eine Verringerung der Steuerbelastung versprochen worden war. Heuer und 2002 werden die Vorgaben des mit der EU-Kommission vereinbarten mittelfristigen Stabilitäts- und Konvergenzprogramms mit annähernd ausgeglichenem (2002) und defizitären (2002) öffentlichen Haushalten nur ungenügend erfüllt, nachdem diese 2000 mit einem Finanzierungsüberschuss von 1,9% des BIP ohne Erträge aus UMTS-Versteigerungen (vereinbart waren 1,1%) übererfüllt worden waren – freilich um den Preis einer mit 41,1% auf den höchsten Stand seit 1988 gestiegenen Steuer- und Abgabenquote. Die Staatsverschuldung dürfte weiter auf eine Größenordnung von 37% im Jahre 2002 zurückgehen.

Die **Geldpolitik** wirkt in diesem Jahr nur leicht, im nächsten Jahr aber spürbar stimulierend. Nachdem die Bank von England ihren Schlüsselzins zwischen September 1999 und Februar 2000 in vier Schritten von 5% auf 6% erhöht hatte, wurde dieser seit Beginn dieses Jahres unter Hinweis auf die erhöhten konjunkturellen Risiken, die Kursverluste an den Aktienmärkten sowie die dämpfenden Auswirkungen der Maul- und Klauenseuche sukzessive auf 5,25% herabgesetzt. Weitere Reduktionen wären möglich, wenn die Leitzinsen in den USA



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

und im Euro-Raum weiter zurückgeführt würden und der zuletzt deutlich beschleunigte Preisanstieg rasch abflaut; völlig unerwartet hatte sich die als geldpolitische Referenzgröße dienende Inflationsrate von 1,9% im April auf 2,4% (Vorjahresvergleich) erhöht. Eine derartige Hoffnung zerschläge sich jedoch, falls das Defizit der Handelsbilanz im bisherigen Tempo zunehmen sollte. Der dann wachsenden Gefahr einer deutlichen Pfundabwertung würde man vermutlich wegen des damit verbundenen Inflationsimports mit Zinserhöhungen entgegenwirken. Die bisherige monetäre Lockerung wird infolge der Wirkungsverzögerung heuer erst etwa ab Herbst, 2002 jedoch voll stimulierend auf die Konjunktur wirken. Die nach den Wahlen aufgekommenen Hoffnungen auf einen Beitritt Großbritanniens zur Euro-Zone, die auch zu einer Abschwächung des Pfundkurses geführt hatten, war man jedoch rasch mit dem Hinweis begegnet, dass eine rasche Abwertung wegen des damit einhergehenden Inflationsimports mit Zinsanhebungen beantwortet würde. Das auf der Basis des britischen Verbraucherpreisindex definierte Inflationsziel der Bank of England (Anstieg der Kernrate der Inflation, also unter Ausklammerung vor allem der Wohnkosten – was annähernd gleichbedeutend ist mit den Hypothekenzinsen – um 2,5% p.a. \pm 1 Prozentpunkt) dürfe nicht gefährdet werden. Ein langsames weiteres Abwärtsdriften des Pfundkurses wird man aber im Interesse der Exportwirtschaft vermutlich nicht ungern sehen.

Was die Einführung des Euro anbetrifft, so bewegt sich die Regierung **integrationspolitisch** auf absehbare Zeit kaum. Dies, obwohl die strikten Euro-Gegner wieder in der Minderheit sind und die Confederation of British Industry (CBI), unter der Pfundstärke leidend, schon auf mittlere Sicht einen solchen Schritt für tunlich hält. Nach Ansicht des Premierministers wäre dieser ab 2006 nach vorgängigem Referendum möglich. Dann nämlich wolle man eine Empfehlung in dieser Frage abgeben. Als Vorbedingung gilt die bisher nicht gegebene Erfüllung der vom Schatzkanzler im Herbst 1997 definierten Kriterien: In erster Linie muss weitgehende Konvergenz auf konjunkturellem und strukturellem Gebiet zwischen Großbritannien und dem Euro-Raum hergestellt sein. Zweitens muss ein Abseitsstehen klar erkennbare und erhebliche Nachteile vor allem für die Industrie und den Finanzplatz London mit sich bringen. Und schließlich soll Großbritannien insgesamt von einem Beitritt zur Europäischen Währungsunion (EWU) profitieren.

Lohnpolitisch geht die Regierung mit den überfälligen deutlichen Aufbesserungen im öffentlichen Dienst einen riskanten Weg. Denn schon jetzt zeichnet sich infolgedessen ein weiter zunehmender Lohndruck auch in anderen Bereichen ab. Wie die westeuropäischen Erfahrungen lehren, hat die Lohnentwicklung im öffentlichen Sektor oft genug nach beiden Seiten eine Signalfunktion für die übrigen Wirtschaftsbereiche.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2001

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um ungefähr 1 1/2%. Die gesamtwirtschaftliche Produktion stagniert in **Japan** etwa auf dem Niveau des Jahres 2000. In **Mitteleuropa** nehmen Nachfrage und Produktion um knapp 2 3/4% zu. In **Westeuropa** wird das reale Bruttoinlandsprodukt um fast 2% ausgeweitet; für die EU und für den Euro-Raum sind ähnliche Raten zu erwarten, während die Zunahme in Deutschland annähernd 1 1/4% beträgt. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 26 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) sinken auf Dollar-Basis im Jahresdurchschnitt erheblich unter das Niveau des Jahres 2000. Der **Wechselkurs des Euro** beträgt durchschnittlich 0,85 bis 0,95 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** steigt in einer Größenordnung von 4%.

In **Großbritannien** haben Nachfrage und Produktion während des Winterhalbjahrs stetig, aber deutlich langsamer als zuvor expandiert. Während des Sommerhalbjahrs – hierauf deuten auch die Ergebnisse von Unternehmens- und Verbraucherbefragungen hin – ist eine Verlangsamung zu erwarten. Erst gegen Ende des Jahres dürfte sich eine Wende zum Besseren abzeichnen, ausgehend von dem beginnenden weltwirtschaftlichen Aufschwung und den stimulierenden Wirkungen der Wirtschaftspolitik. Getragen wird das Wachstum hauptsächlich vom Dienstleistungssektor im Allgemeinen und von der auf den Inlandsmarkt konzentrierten Produktion im Besonderen. Die seit dem vierten Quartal 2000 zu beobachtende Rezession der industriellen Produktion setzt sich zunächst fort. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um gut 2% expandieren. Retardierend wirken nicht nur das erheblich verschlechterte weltwirtschaftliche Umfeld und der überhöhte Wechselkurs des Pfund Sterling, sondern auch die Folgen der Maul- und Klauenseuche, die das Produktionsergebnis vermutlich mit annähernd 1/2 Prozentpunkt des BIP belasten; dabei schlagen weniger die unmittelbaren, die Landwirtschaft betreffenden Auswirkungen zubuche, als vielmehr die mittelbaren, den Tourismus und das Transportgewerbe treffenden Einbußen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt günstig, obwohl die Knappheit an Kräften vielfach nachlässt. Der Preisauftrieb lässt ab der Jahresmitte nach. Das Defizit der Leistungsbilanz erhöht sich weiter.

Während Inlandsnachfrage und inlandsorientierte Produktion deutlich aufwärts tendieren, verliert die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen (ca. + 5%) erheblich an Schwung. Das ungünstige weltwirtschaftliche Umfeld, der überhöhte Wechselkurs des Pfund Sterling, die im internationalen Vergleich hohen und weiter steigenden Lohnstückkosten sowie das immer noch ungenügende Durchwirken der »New

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	1999	2000	2001 ^{a)}			2002 ^{a)}		
			NIESR ^{b)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}	NIESR ^{b)}	EU ^{c)}	OECD ^{d)}
Bruttoinlandsprodukt	2,3	3,0	2,4	2,7	2,5	2,6	3,0	2,6
Inlandsnachfrage	3,8	3,7	2,9	3,4	3,1	3,2	3,2	2,8
Privater Verbrauch	4,4	3,7	2,7	3,1	3,0	2,5	2,8	2,6
Staatsverbrauch	4,0	2,7	4,2	4,4	4,3	3,3	4,1	3,3
Bruttoanlageinvestitionen	5,4	2,6	3,7	3,3	3,3	4,4	4,0	3,0
Exporte ^{e)}	4,0	8,4	5,6	6,2	6,6	3,6	7,4	7,0
Importe ^{e)}	8,1	9,6	6,4	7,6	7,7	5,0	7,3	7,0
Industrieproduktion ^{f)}	0,0	1,6	1,3	n.a.	n.a.	2,1	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise	1,3	0,8	1,4	1,4	1,9	2,1	1,7	2,2
Arbeitslosenquote	6,1	5,6	5,2	5,3	5,4	5,5	5,1	5,5
Leistungsbilanz ^{g)}	- 1,1	- 1,7	- 1,6	- 2,1	- 2,1	- 1,9	- 2,2	- 2,2
Finanzierungssaldo des Staates ^{h)}	1,3	4,3	1,8	1,0	1,2	0,6	0,9	0,9

^{a)} Schätzungen. – ^{b)} National Institute of Economic and Social Research, London, vom April 2001. – ^{c)} Kommission der EU, Brüssel, vom April 2001. – ^{d)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom Mai 2001. – ^{e)} Güter und Dienstleistungen. – ^{f)} Verarbeitende Industrie. – ^{g)} In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Economy« auf die Produktivitätsentwicklung bremsen stark. In der verarbeitenden Industrie hat sich die Beurteilung der Exportaufträge seit Jahresbeginn verschlechtert. Die Einnahmen aus dem Ausländerfremdenverkehr werden von der Maul- und Klauenseuche beeinträchtigt; vor allem Touristen aus den USA kommen in geringerer Zahl. Eine Wende der Ausfuhrentwicklung kann erst im vierten Quartal erwartet werden, wenn die Konjunktur nicht nur in Nordamerika, sondern auch auf dem Kontinent – nach Westeuropa gehen rund 60% der Warenexporte – wieder aufwärts tendiert. Der **Import** nimmt erneut deutlich stärker zu als die Ausfuhr. Da sich die Terms of Trade zudem nochmals – wenn auch nur wenig – verschlechtern, ist mit einem Fehlbetrag der **Leistungsbilanz** in einer Größenordnung von 2¹/₄% des BIP zu rechnen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** dürften mit rund 3% weiterhin eher moderat ausgeweitet werden, wobei die Rate durch den beträchtlichen Überhang zu Jahresbeginn überzeichnet ist. Dies ist auf die sehr kräftige Ausweitung der öffentlichen Investitionen im Laufe des vergangenen Jahres zurückzuführen. Auch heuer will die öffentliche Hand vermehrt – hauptsächlich in Bildungseinrichtungen und Amtsgebäude – investieren. Der 1998/99 verzeichnete Boom bei Bürogebäuden schwächt sich weiter ab, wozu auch die Flaute auf den Finanzmärkten beiträgt. Die verarbeitende Industrie schränkt ihre Bauinvestitionen spürbar ein. Der Wohnungsbau dürfte leicht zulegen, stimuliert durch die gesunkenen Zinsen. Die Ausrüstungsinvestitionen werden nicht nur von dem Tief der »New Economy«, sondern auch von der Rezession in der verarbeitenden Industrie in Mitleidenschaft gezogen. Dieser Sektor wird bei sinkender Kapazitätsausrüstung und weiter abnehmender internationaler Wettbewerbsfähigkeit deutlich weniger investieren, auch weil die Auftragsbestände als spürbar unter dem Normalniveau

liegend bezeichnet werden. Hinzu kommt die Zurückhaltung von Investoren nicht nur aus Ost- und Südostasien, sondern auch aus Nordamerika und Europa – sei es, weil sie unter der vielfach schwierigen Wirtschaftslage in ihren Heimatländern leiden, sei es, weil ihnen der Pfundkurs zu hoch ist. Mit der schwachen Investitionstätigkeit setzt sich eine, im Grundsatz für die gesamte britische Wirtschaft zu beobachtende Entwicklung fort, die im Budget 2000/2001 vom Schatzamt als eine der Ursachen für die im Vergleich zu den wichtigsten internationalen Konkurrenten immer noch unzureichende Produktivitätsentwicklung identifiziert worden ist, neben schlechtem Ausbildungsniveau, geringer Innovationskraft, ungenügender Unternehmenskultur und zu schwachem Wettbewerb.

Der **private Konsum** dürfte um ungefähr 2¹/₂% expandieren. Auf diese im Vergleich zum Vorjahr spürbare Verlangsamung weist auch die Entwicklung des durch Verbraucherbefragungen ermittelten Konsumklimas hin: Seit der Jahreswende ist es weniger günstig geworden – eine Tendenz, die durch die Verschlechterung des Geschäftsklimas im Einzelhandel unterstrichen wird. Stützend wirken hauptsächlich die deutlich steigenden Reallöhne, wesentlich mitbedingt durch die Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst. Auch fielen die Bonuszahlungen im Mai überraschend hoch aus, und im Oktober werden die Mindestlöhne um fast 11% angehoben; sie betreffen 5,3% der Beschäftigten mit einer besonders hohen marginalen Konsumquote. Zudem bleibt die Lage auf dem Arbeitsmarkt ziemlich günstig, wenn auch die Beschäftigung im Verlauf kaum noch zunimmt. Und schließlich sind die Zinsen gesunken. Andererseits wird der Wohnungsneubau nur wenig ausgeweitet, und die Schwäche auf den Aktienmärkten wirkt sich dämpfend aus, was vor allem die Nachfrage nach langlebigen Gütern langsamer, aber immer noch deutlich expandieren lässt. Der **öf-**

fentliche Verbrauch dürfte mit fast 4 1/2% beschleunigt zunehmen.

Die Lage auf dem **Arbeitsmarkt** bleibt im westeuropäischen Vergleich günstig. Allerdings dürfte die Beschäftigung im Verlauf annähernd stagnieren, obwohl der öffentliche Dienst vermehrt einstellt. Dies ist nicht nur auf die allgemeine konjunkturelle Verlangsamung, sondern auch auf die verschlechterte Situation im Finanzsektor und im IT-Bereich zurückzuführen. Unternehmen, die der ausländischen Konkurrenz ausgesetzt sind, rationalisieren verstärkt (das gilt besonders für die verarbeitende Industrie), auch um die kräftigen Lohnerhöhungen wenigstens teilweise zu kompensieren. Die Arbeitslosenquote liegt im Jahresdurchschnitt vermutlich bei 5 1/4%.

Die Preisentwicklung wird sich ab der Jahresmitte wieder beruhigen, nachdem die Verbraucherpreise zuletzt deutlich gestiegen sind. Hierauf deutet auch die Entwicklung der Erzeugerpreise hin. Zudem klingen die Auswirkungen der Maul- und Klauenseuche ebenso ab, wie die witterungsbedingt starke Verteuerung von Nahrungsmitteln. Außerdem sinkt der Ölpreis und das schwächere Wirtschaftswachstum erschwert die Überwälzung von Kostensteigerungen. Im Schnitt des Jahres dürften die **Konsumentenpreise** um ungefähr 1 1/4% (HVPI) steigen.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2002

Als **weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen** werden unterstellt: In den **Vereinigten Staaten** steigt das reale Bruttoinlandsprodukt um reichlich 2 1/2%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um ca. 1% zu. In **Mitteleuropa** expandiert die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um fast 3 1/2%. In **Westeuropa**, der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um etwa 2 1/2%; in Deutschland dürfte die Rate bei 2 1/4% liegen. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** beträgt im Schnitt des Jahres in den westlichen Industrieländern ungefähr 24 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) entsprechen knapp dem Niveau des Vorjahres. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Jahresdurchschnitt innerhalb einer Bandbreite von 0,85 bis 0,95 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandiert in einer Größenordnung von 6 1/2%.

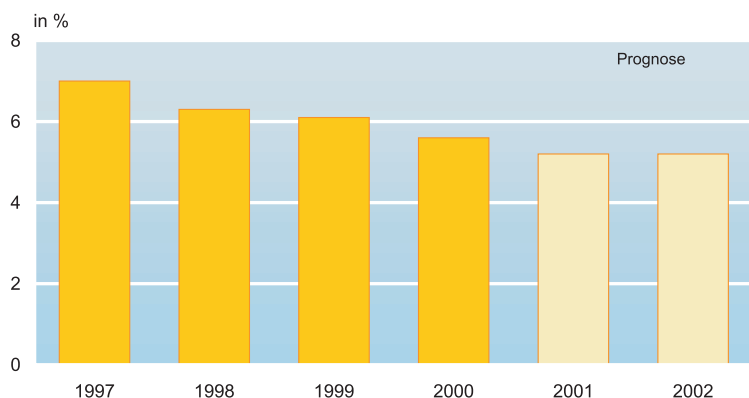
In **Großbritannien** erholt sich die Konjunktur im Verlauf des Jahres, stimuliert von den gesunkenen Zinsen, der expansiven Finanzpolitik, dem langsam weiter sinkenden Pfundkurs, sowie dem erheblich günstigeren weltwirtschaftlichen Umfeld. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um rund 2 1/2%

expandieren. Alle großen Komponenten tragen zur Erholung bei, unterstützt vom wieder aufwärts gerichteten Lagerzyklus, von dem besonders die Nachfrage nach Vor- und Zwischenprodukten angeregt wird. Der Export gewinnt überdurchschnittlich an Dynamik, während das Wachstum des inlandsorientierten Sektors robust bleibt. Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage erst im späteren Verlauf des Jahres. Die Beruhigung des Preisauftriebs setzt sich zunächst fort. Das Defizit der Leistungsbilanz nimmt nochmals zu.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen gewinnt zunehmend an Schwung, stimuliert von der anziehenden Weltkonjunktur. Mit rund 4% dürfte die Zunahme jedoch verhaltener sein als bei der kontinentaleuropäischen Konkurrenz, da der vor allem gegenüber dem Euro trotz leicht sinkender Tendenz immer noch erheblich überhöhte Wechselkurs des Pfund Sterling bremst. Gegenüber dem Dollar-Raum sieht es günstiger aus, da hier die Währungsrelationen für britische Exporteure weniger ungünstig sind und die Volkswirtschaften Ost- und Südasiens im Schlepptau der USA die Konjunkturdelle rascher überwinden dürften als die westeuropäischen Länder. Anziehende Konjunktur im Allgemeinen und aufwärts schwingender Lagerzyklus im Besonderen lassen den **Import** erneut deutlich rascher steigen als die Ausfuhr. Infolgedessen dürfte das Defizit der **Leistungsbilanz** bei wenig veränderten Terms of Trade auf eine Größenordnung von 2 1/2% des BIP steigen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** gewinnen ebenfalls an Fahrt. Sie dürften sich um annähernd 3 1/2% erhöhen. Verbesserte Absatz- und Ertragserwartungen, allmählich wieder zunehmende Auslastung der Kapazitäten und niedrigere Finanzierungskosten stimulieren vor allem die Ausrüstungsinvestitionen. Diese dienen nach wie vor ganz überwiegend der Rationalisierung und dem Ersatz veralteter Anlagen (beides hat erfahrungsgemäß kapazitätssteigernde Effekte), um

Arbeitslosenquote



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der ausländischen Konkurrenz zu verbessern und den Lohnkostenanstieg wenigstens teilweise aufzufangen. Die Baukonjunktur dürfte sehr differenziert verlaufen. Während in die Verkehrsinfrastruktur anhaltend lebhaft investiert wird, flaut der Boom im öffentlichen Hochbau etwas ab. Der gewerbliche Bau erholt sich allmählich, während der Wohnungsneubau – angeregt durch die niedrigeren Zinsen die konjunkturelle Talsohle langsam verlassend – das Vorjahresniveau vermutlich nicht nennenswert übertreffen wird. Die Renovierung von Wohngebäuden bleibt hingegen lebhaft aufwärts gerichtet.

In wenig verändertem Tempo expandiert der **private Konsum**. Die Reallöhne dürften annähernd im Ausmaß von 2001 erhöht werden, da die Einkommensverbesserungen im öffentlichen Dienst wenigstens teilweise als Richtschnur auch für andere Bereiche dienen. Die gesunkenen Zinsen sowie die sich allmählich verbessernden Beschäftigungsaussichten stützen das Konsumklima zusätzlich. Ferner dürfte die Kaufkraft der Bezieher niedriger Einkommen durch steuerliche Maßnahmen weiter gestärkt werden. Der Absatz langlebiger Güter zieht allmählich stärker an, auch weil der Wohnungsneubau langsam wieder ausgeweitet wird. Der **öffentliche Verbrauch** (ca. + 4%) nimmt vermutlich wiederum sehr dynamisch, aber nicht mehr ganz so stark zu wie im Wahljahr 2001.

Auf dem **Arbeitsmarkt**, einem Nachläufer der Konjunktur, bessert sich die Lage erst im späteren Verlauf des Jahres, zumal die zunehmenden Investitionen der Unternehmen hauptsächlich der Rationalisierung dienen. Die Beschäftigung dürfte erst im späteren Verlauf des Jahres ausgeweitet werden. Die Arbeitsmarktprogramme, besonders jenes zur Qualifizierung und Eingliederung von Jugendlichen, werden unverändert fortgeführt. Die Arbeitslosenquote bleibt mit 5¹/₄% gegenüber 2001 etwa stabil.

Der Preisaufrtrieb wird noch moderat sein, aber stärker als 2001, zumal die Energiepreise noch etwas sinken und sich die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise normalisiert. Auch sorgt die Auslandskonkurrenz weiterhin für scharfen Wettbewerb. Andererseits bewirken die beträchtlichen Lohnsteigerungen einen beträchtlichen Kostendruck, dessen Überwälzung mit anziehender Konjunktur leichter wird. Zudem dürfte die im Wahljahr 2001 geübte Zurückhaltung bei der Anhebung indirekter Steuern und Abgaben aufgegeben werden. Und schließlich dürfte der Pfundkurs allmählich abwärts tendieren, was die Einfuhr verteuert. Im Jahresdurchschnitt dürften die **Konsumentenpreise** um rund 1³/₄% (HVPI) steigen.

Abgeschlossen am 17. Juli 2001